

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Biestätlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Stich-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 75 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 9.

Berlin, Mittwoch, 30. Januar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Tag des Volkswahls. — Zur Stichwahl. — Der Sozialarbeiterverband in Rot. — Das Gewerbe der öffentlichen Meinung. — Allgemeine Nachrichten. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906. — Gewerkschafts-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Der Tag des Volkswahls.

So überschrieb der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, am Wahltage, 25. Januar, seinen Leitartikel. Das Volk hat gesprochen, aber nicht zugunsten der Sozialdemokratie, sondern gegen dieselbe. Die Sozialdemokratie verlor im ersten Wahlgange 21 Mandate. Wohl ist sie an 90 Stichwahlen beteiligt, die aber in der Regel erfolglos für sie bleiben. Die Sozialdemokratie wird daher froh sein, wenn sie am Ende des Wahlkampfes halb so stark in den Reichstag einzieht wie 1903.

So mußte es kommen! Der sozialdemokratische Liebermut gegen Andersdenkende war so brutal geworden, daß der Unmut des Volkes darüber endlich einen energischen Ausdruck finden mußte. Am 25. Januar hieß es noch: „Vorwärts für die Menschheit befreiende Sozialdemokratie“. Ach, wie wenig ist gerade die Sozialdemokratie befähigt, die Menschheit zu befreien! Nun die Wahlschlag geschlagen, das Volk Gericht gehalten hat, da muß der „Vorwärts“ anerkennen, daß es eine Torheit wäre, verhehlen zu wollen, daß der Ausgang der Wahl der Sozialdemokratie eine Enttäuschung gebracht habe. Eine Partei, die „an fettes, unaufrichtiges Vordringen“ gewöhnt sei, habe alle Ursache, „enttäuscht“ zu sein. Denn die Wahl habe „kaum ein erhebliches Anwachsen der Stimmenzahl“, aber „den Verlust einer ganzen Reihe von Mandaten“ gebracht, „die zum Teil alter Besitz der Partei waren“.

Jetzt schimpft der „Vorwärts“ über „die Dummheit und Geistessträgheit des Volkes“ und über „den Unverstand der Massen“. Nach seiner verböhrten Meinung sind eben nur die Menschen geistig rege und klug, die zur Sozialdemokratie halten.

Wichtig und schwer ist die Niederlage. Das einst so vollkommen rote Königreich Sachsen ist es nicht mehr, denn jetzt hat die Sozialdemokratie bereits 6 Wahlkreise verloren und in 7 Wahlkreisen dieses Landes steht sie in Stichwahl, ohne Aussicht, auch nur einen dieser Wahlkreise wiederzugewinnen.

Und über alle diese Schmerzen glaubt das Zentralorgan der Partei hinwegkommen zu können, indem es schimpft „auf die Rückständigkeit zahlreicher proletarischer Elemente“ und den „ideallosen Krämeregeist irgeleiteter Kleinbürger“.

Der „Vorwärts“ ist blind, denn er sieht nicht die wirkliche Ursache. Nicht das Proletariat in seinen ärmsten Schichten ist von der Sozialdemokratie abgewichen, sondern gerade die intelligenten Arbeiter, die es nicht mehr mit ansehen konnten, wie die „allein seligmachende“ Partei rücksichtslos und brutal jede freie Regung selbst in den eigenen Reihen niederschlug. Die auf eine solidere Kampfart dringenden Elemente wurden verhöhnt. Wie sehr gerade der „Sauerbrunnen“ zahlreiche intelligente Arbeiter der Sozialdemokratie abwendig gemacht hat, das zeigt insbesondere die wichtige Niederlage in Leipzig, am Sitze der Meiningischen sozialdemokratischen „Volkszeitung“.

Die bürgerliche Demokratie, wie sie in den linksliberalen Parteien verkörpert ist, hat gerade aus diesen Teilen der Arbeiterkraft starken Zuwachs erhalten. Das beweisen insbesondere die Erfolge der freisinnigen Volkspartei, die wie die süddeutsche Volkspartei und die freisinnige Vereinigung durchweg eine erhebliche Stimmenvermehrung aufzuweisen hat.

Die Sozialdemokratie wird im ganzen trotzdem auch diesmal die größte Stimmenzahl noch aufweisen können, weil sie die einzige Partei ist, die in allen 397 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hat. Die Tatsache aber, daß sie meist gerade in den Städten in der Stimmenzahl vielfach erheblich zurückgegangen ist, beweist, daß es die intelligenteren Arbeiterschaft ist, die sich von ihr abwendet. Da werden die noch heute in ihrem Bann stehenden geistig regen Arbeiter in Stadt und Land bald in größerer Zahl folgen.

Wir Gewerksvereiner können dieses Resultat mit aufrichtiger Genugtuung begrüßen, denn gerade wir haben immer am meisten unter den Verleumdungen und Lügen der sozialdemokratischen Agitation und unter ihrem Terrorismus zu leiden gehabt. Noch unmittelbar vor der Wahl brachte die Sozialdemokratie in einigen Wahlkreisen den plumpen Schwindel auf, die Gewerksvereine hätten beschlossen, für die Sozialdemokratie zu stimmen. Wo man uns gebrauchte konnte, da versuchte man uns zu umschmeißen. Das war natürlich vergeblich. So leicht haben die Gewerksvereiner die ihnen angetanen Schmähungen doch nicht vergessen können.

Der Wahlausgang hat das Reichstagswahlrecht gerettet! Wäre die Sozialdemokratie, wie Behel präherlich in Hamburg prophezeit hatte, mit mehr als 100 Mandaten in den Reichstag eingezogen, dann stand es schlecht um die Erhaltung des Wahlrechts. Das läßt auch die nächste Ansprache des Reichstanzlers erkennen, der nach einem dümmlichen Wort bei Einführung des Reichstagswahlrechts darauf hinwies, daß das Volk zu reiten verstände, wenn man es in den Sattel hebe. Und das ist die beste Waffe gegen alle Scharfmacher, nämlich die Tatsache, daß auch bei dem allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrecht die Bäume der Sozialdemokratie nicht in den Himmel wachsen. Kein verständiger Mensch braucht mehr vor der Sozialdemokratie zu bangen. Ihr ist jetzt das Rückrad gebrochen!

Größer und größer wird nun die Zahl der verständigen und einsichtigen Arbeiter werden, die nicht mehr auf den Zusammenbruch der bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsordnung warten wollen, sondern im echten Gewerksvereinsgeiste bemüht sein werden, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu einer dauernden und immer weiter steigenden höheren geistigen und wirtschaftlichen Botschaft zu kommen. Für die Gewerksvereinsfrage ist damit die Bahn freier geworden! K. G.

Zur Stichwahl.

Die schwere Niederlage hat die Sozialdemokratie sehr ernüchert. Im Wahlkampfe hat sie am heftigsten gerade die linksliberalen Parteien bekämpft. Jetzt empfindet sie wenigstens ahnungsweise, wie sie damit die Volkspartei schädigte. Denn ihre Stichwahlparole lautet:

„Unter keinen Umständen dürfen Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und National-liberale eine sozialdemokratische Stimme bei den Stichwahlen erhalten.“

Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, die Anhänger dieser Partei vielmehr in den demokratischen bürgerlichen Parteien fänden und in und mit diesen Schulter an Schulter kämpften, dann gäbe es konservative heutiger Art, Bündler und Antisemiten überhaupt nicht mehr im Reichstage. Die Politik der Lebensmittelverteuerung hätte dann einfach nicht betrieben werden können. Das Bestehen und Anwachsen der Sozialdemokratie als eine den Umsturz erstrebenden Klassenpartei stärkte die Position der Reaktion und führte deren Pläne gegen die Volkrechte.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt weiter nichts verlangt, als daß der bei der Stichwahl von Sozialdemokraten zu unterstützende bürgerliche Kandidat sich verpflichte, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts stimmen wird;

2. daß er jeden Versuch des Koalitionsrechts einzuschränken unbedingt zurückweisen wird;

3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz erklären wird; so ist das sehr verständig. Die liberalen Kandidaten erfüllen samt und sonders diese Bedingungen. Und alle Arbeiter, auch die politisch Gemäßigten, können einer solchen Stichwahlparole folgen, denn das Wahlrecht und das Koalitionsrecht will sich kein Arbeiter rauben lassen und kein Arbeiter wird einen Kandidaten wählen, der für Ausnahmegesetze sein möchte. Diese Bedingungen werden selbst von einzelnen rechtsstehenden Kandidaten angenommen werden.

Wir Gewerksvereiner müssen den drei Forderungen, die wir akzeptieren, noch die vierte hinzufügen:

4. daß er die Gewerksvereine als eine gleichberechtigte Organisation anerkennt“.

Bei dieser vier Forderungen erfüllt, den kann jeder Gewerksvereiner wählen und im Wahlkampf unterstützen. K. G.

Der Sozialarbeiterverband in Rot.

Ein interessanter Brief, aus dem hervorgeht, daß der „Jelbewuste“ Sozialarbeiterverband bromsen muß, ist der „Echo“ auf den Redaktionstisch gelangt. Das Organ unseres Gewerksvereins der Tischler bringt den Brief in der Ende dieser Woche erscheinenden Nummer vollständig zum Abdruck, wo auf wir unsern Dank machen. Der „Bremserlaß“ kommt aus Stuttgart vom Hauptvorstand, er ist datiert vom 14. Januar 1907 und an die Zahlreichen-Verwaltungen jener Organisation gerichtet.

Der Brief beginnt:

„In den letzten Wochen ist es in einer ganzen Reihe von Zahlreichen vorgekommen, daß in einzelnen Werkstätten aus teilweise ganz geringfügiger Ursache plötzlich die Arbeit eingestellt worden ist, ohne daß die Kollegen vorher die Genehmigung zum Streik eingeholt hätten.“

Diese häufige Wiederholung solcher Fälle gerade in der gegenwärtigen Zeit veranlaßt uns, die einschneidende Aufforderung an die Sozialverwaltung zu richten, ihren ganzen Einfluß bei den Zahlreichen dahin geltend zu machen, daß sie die Vorschriften des Streikreglements und Statuts respektieren.“

Dann wird weiter ausgeführt, daß der Vorstand in solchen Fällen keine Unterstützung mehr gibt. Bevor der Hauptvorstand nicht gesprochen, darf niemals mehr eine Arbeitseinstellung beschlossen werden. Das Geld kann nicht mehr aufgebracht werden. Schon das Jahr 1905 habe mit einer Unterbilanz abgeschlossen, im Jahre 1906 aber seien die Ausgaben für Streiks noch um 60 Pct. gewachsen und hätten die gewaltige Summe von rund 1.200.000 Mk. erreicht.

Der Brief verlangt „strengste Disziplin“. Die Bewegung sei nur zu leiten, wenn dem Vorstand das Recht zur Entscheidung über jede Arbeitseinstellung, wie über die gesamte Taktik, nicht immer wieder von den Zahlreichen und Mitgliedern freitragend gemacht wird. Der Vorstand verlangt, daß ihm nicht durch eigenmächtige Arbeitsüberlegung die größten Schwierigkeiten bereitet und ihm die Verantwortung für die Gesamtbewegung unmöglich gemacht werde.

Es wird dann, um die Mitglieder ernst zu stimmen, auf das „Schwere Gewitter“ hingewiesen, das sich gegen den Holzarbeiterverband zusammenzieht — gemeint sind die Tarifkündigungen in verschiedenen Städten — und dann wird nochmals kategorisch erklärt, daß Streiks, die ohne Genehmigung des Verbandsvorstandes „ingenieriert“ werden, „in keinem“ Falle aus der Verbandskasse Unterstützung finden.

Der Brief wird zweifelslos bleiben! Dafür sorgt die sozialdemokratische Presse, die ein Interesse daran hat, daß aus „jeder geringfügigen Ursache“ gestreift wird.

Was geht es überhaupt die Mitglieder an, die auf dem Boden „des zielbewußten Klassenkampfes“ stehen, wenn der Verbandsvorstand eindringlich zur Vernunft mahnt, weil er kein Geld mehr hat.

Darin liegt ja das Wesen des „Klassenkampfes“, das immer und unter allen Umständen gestreift wird, gleichviel ob die Ursache dafür ausreicht oder nicht. Was der Vorstand „bremst“, so viel er will, so lange die Gewerkschaften unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, wird die Lust zu leichtfertigen Streiks nicht erlahmen. Die Unternehmer werden dadurch zum Schaden der Arbeiter zur starken Gegenwehr provoziert. Den Arbeitern werden die schwersten Opfer zugemutet, ihre wirklichen Interessen aber werden in unerhörter Weise verraten und den Schatzkammern an's Wasser geliefert.

Die Sache der Holzarbeiter kann wirksam nur gefördert werden auf dem Wege, den der Gewerkschaftsverein in Tilsiter (Schreiner) und Berufsgenossen wandelt. Zielklar und nüchtern!

K. G.

Das Gewicht der öffentlichen Meinung.

Alle aufrichtigen Volks- und Arbeiterfreunde der ganzen Welt finden auf geeignete Mittel, die verberrenden, beide Teile schwer treffenden Streiks nach Möglichkeit zu verhüten. Wer sein Hirn zu diesem Zwecke martert, dient dem Gemeinwohl. Manche der bestehenden Streitigkeiten glauben der Strafen zu bedürfen für den Teil, der es ablehnt, einem gefällten Schiedspruch sich zu unterwerfen. Das deutsche Gewerkschaftsrecht hingegen zog den mächtigen Faktor der öffentlichen Meinung zuerst in Betracht, indem es anordnete, daß der Schiedspruch über einen Streit veröffentlicht wird, um den Teil bloßzustellen, der dem Schiedspruch entgegenhandelt den Kampf fortsetzen will.

Jetzt will man in Kanada ein Gesetz schaffen gegen Streiks „in Betrieben, deren Stillstand eine Gefahr für die Öffentlichkeit bedeutet, als da sind Eisenbahnen, Straßenbahnen, Gasanstalten, Kohlenbergwerke usw.“

Nach dem im Parlamente zu Ottawa eingebrachten Entwurfe sollen die Eigentümer und Angestellten solcher Betriebe gehalten sein, ihre etwaigen Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu schlichten. Wird trotzdem ein Streik erklärt und kommt es dadurch zu einer Unterbrechung des Betriebes oder wird eine solche Unterbrechung durch eine von den Arbeitgebern vollzogene Aussperrung verursacht, so soll die damit betraute, als Schiedsgericht dienende öffentliche Behörde eine Untersuchung der vorliegenden Streitfragen vornehmen und soll dann ein Urteil darüber abgeben. Sobald die Untersuchung beginnt, soll auch die Arbeit aufgehört werden. Beide Parteien sollen verpflichtet sein, sich dem schiedsgerichtlichen Urteil zu unterwerfen. Wer sich dagegen wehrt, soll — der Verurteilung durch die öffentliche Meinung verfallen. Eine andere Strafe ist nicht angesetzt, und zwar, wie der Bericht sagt, weil man einflieht, daß man Arbeiter nicht zum Arbeiten zwingen kann.

Das hier empfohlene Prinzip hat auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Vorgang.

Die Schiedskommission Roosevelt's, durch deren Einschreiten seinerzeit der wochenlange Kohlenbergbau-Ausstand beigelegt wurde, hat auch

keine Strafverfolgung gehabt. Auch ihrem Urteile konnte straflos Trotz geboten werden. Wer sich ihrer Entscheidung nicht unterwarf, hatte weder Geldbuße, noch Einperrung zu befürchten, nichts hatte er zu gewärtigen, als was auch die Uebertreter des kanadischen Gesetzes zu gewärtigen hätten: den Richterpruch, den die öffentliche Meinung über ihr Verhalten fällen würde. Trotzdem ist der Spruch der Kommission befolgt und der verdröckliche Streit dadurch beigelegt worden. Auf drei Jahre sollte der Spruch gelten und bis zum letzten Tage dieser drei Jahre wurde ihm von beiden Seiten unerbürdlich Gehorsam gezollt. Dabei hatte die Roosevelt'sche Kommission noch nicht einmal ein Gesetz, aus das sie sich stützen konnte, sondern hatte von vornherein nur die öffentliche Meinung zur Stütze. Auch ist wirklich schwer zu sagen, was ein Gesetz mehr tun könnte. Es kann nicht Löhne und Arbeitsbedingungen vorschreiben. Alle Gesetzgeber der Welt werden niemals instande sein, alle wirtschaftliche Kriegsführung zu verhindern. Doch die öffentliche Meinung ist mächtiger als alle Gesetzgeber. Und wenn dafür geltend gemacht wird, daß das kanadische Gesetz das beweist, daß wenn solche Kämpfe das öffentliche Wohl gefährden, die kämpfenden Parteien vor ein unparteiisches Schiedsgericht gebracht werden, wo sie ihre Sache vertreten, und wenn dann nach gründlicher Untersuchung das Gericht über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der streitenden Forderungen entscheidet, so wird — falls das Gericht durch das Vertrauen der öffentlichen Meinung gestützt ist — so leicht keine Partei sich seinem Spruche zu widerlegen wagen. Wenn auch nicht alle, so könnten doch die meisten derartigen Streitigkeiten auf diesem Wege rasch beigelegt werden, wenigstens alle die, wo Recht oder Unrecht kläglich auf einer Seite liegt.

In Deutschland ist es leider oft genug vorgekommen, daß ein streitender Teil sich weigerte, den Schiedspruch anzuerkennen. Bei dem neu vereinbarten Buchdruckertarif versuchte die sozialdemokratische Presse die Gehilfen gegen ihre Führer anzuhängen, um den Tarif zu stürzen. Die Führer hat zwar viel Aufregung aber zum Glück keinen praktischen Erfolg gehabt. Ein Gesetz, das Vertrauen in die Arbeiterschaft setzt, ist von hohem sittlichen Wert. Eine Arbeiterschaft, die in sich stark genug ist, jeden Versuch der Verhöhnung von sich abzuweisen, ist auch intelligent genug, ihren rechten Vorteil zu erkennen, indem sie das ihr entgegengebrachte Vertrauen würdigt.

K. G.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 29. Januar 1907.

Am Sonntag feierte das deutsche Volk den Geburtstag seines Kaisers. Der Umschwung in der Volkstimmung, wie er am 25. Januar so deutlich in die Erscheinung trat, gestaltete die Geburtstagsfeier bei allen auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie stehenden Deutschen nur noch um soviel feierlicher. Dieser Stimmung hat sich auch der Kaiser selbst nicht entziehen können, wie das der Erlaß erkennen läßt, der das Datum seines Geburtstages trägt. Dieser Erlaß lautet:

Es entspricht meinem Wunsch, daß wegen Majestätsbeleidigung oder Beleidigung eines Mitgliedes meines Königtums keinesfalls eine Person die gefällige Strafe erleiden, welche sich jener Vergessen mit Berücksichtigung und in böser Absicht, und nicht bloß aus Unwissenheit, Unbesonnenheit, Ueberstürzung, oder sonst ohne bösen Willen schuldig gemacht haben. Ich beauftrage daher Sie, den Justizminister, Mir, so lange nicht das Gesetz eine entsprechende Einschränkung der Strafbarkeit enthält, fortlaufend von Amts wegen über alle nach Angehörtem berücksichtigenswerten Beurteilungen behufs meiner Einschaltung über Ausübung des Begnadigungsrechts zu berichten.

Berlin, 27. Januar 1907.

Wilhelm II.

Das ist der erste Schritt zu einer sehr verhängnisvollen Tat. Wie dumm und einsichtig war es auch, daß irgend ein betrunkener Mensch in seinem Dusein den Kaiser beleidigen konnte! Wie kann überhaupt ein albernere Schwärmer eines solchen Vergehens begünstigt werden. Unsere Staatsanwälte gingen aber sogar so weit, daß sie Justizhülsen wegen Majestätsbeleidigung anklagten. Beleidigen kann doch nur der, wie wir in einem solchen Falle einmal erklärten, der selbst im Besitze der Ehre ist. Der ganze Majestätsbeleidigungsparagraph muß aus dem Strafgesetzbuch entfernt werden. Der deutsche Kaiser steht viel zu hoch, als daß er durch Worte beleidigt werden könnte. Handelt es sich einmal um einen strafwürdigen Beleidiger, so reicht auch die übige Strafgesetzgebung vollkommen aus, den Beleidiger zu sassen. Der Majestätsbeleidigungsparagraph aber zwingt die Gerichte, ohne Kenntnis des Beleidigten strafrechtlich vorzugehen. Das ist ein Zustand, der viel Bitterkeit und Erregung im Volke verursacht hat. Darum begrüßen wir den kaiserlichen Erlaß als den ersten Schritt auf dem Wege zur Abschaffung einer der Monarchie sehr unnihtigen strafrechtlichen Bestimmung.

Die zum Reichstage kandidierenden Gewerkschafter sind der Uebermacht der Gegner unterlegen. Das ist zwar recht schade, es hat aber den Nutzen, unsere Kollegen zu überzeugen, daß ein Wahlsieg nur dann möglich ist, wenn die Kandidaturen von langer Hand vorbereitet und das Wahlfeld durch ausdauernde und gründliche Arbeit fruchtbar gemacht wird.

Unsere Verbandsgenossen haben sich überall, wo sie als freie Bürger an den Wahlvorbereitungen beteiligt, tapfer gehalten und wo Gewerkschafter kandidierten, ihnen opferfreudig im Kampfe geholfen. Dafür sei ihnen auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

Ein grauenhaftes Unglück hat die Bergarbeiter im Bildschacht der Grube Neben bei Saarbrücken am gestrigen Montag früh betroffen. Infolge einer Schlagwetterexplosion sind viele Hundert Bergarbeiter verunglückt worden. Bis jetzt sind 164 Tote geborgen, noch an 300 sollen verschüttet sein.

Es dürfte dies das schwerste Grubenunglück sein, das jemals auf einer deutschen Grube vorgekommen ist.

Die schreckliche Wirkung der Wetterexplosion läßt darauf schließen, daß die Verfestung der Grube ungenügend erfolgte, so daß eine Explosion trockenem Kohlenstaub hinzugekommen sein muß. Vielleicht hat man die Verfestung mit Kalksicht auf die dadurch geförderte Baumkrankheit ganz eingestellt.

Die vom Bergbau geforderten ungeheuren Opfer an Menschenleben schreien zum Himmel. Wann endlich wird sich die Wissenschaft energisch der Gefahren des Bergbaues annehmen und ihnen entgegenwirken? Diese Frage ist zunächst wichtiger als die andere, ob auf dem Mars Menschen wohnen.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie dauert unverändert fort. Die Zahl der Aussperrten ist in der letzten Zeit noch gewachsen. — Ebenfalls ist in der Bewegung der Automobilproleten eine Aenderung eingetreten. Auch hier hat sich die Zahl der Aussperrten sehr vermehrt als vermindert. — In Eisenberg (Sachsen) stehen schon seit längerer Zeit die Schlichtergesellen im Streik. Dieselben haben das Gewerbeamt als Eingangsamt anrufen, die Meister verlangen jedoch die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, was jedoch von den Gesellen entschieden abgelehnt wird.

In Palmö (Schweden) sind die Stockarbeiter in den Ausnahm getreten. — Die drohende Waffenaussperrung der Industriearbeiter Schwedens unterbleibt nun tatsächlich, nachdem die Arbeitgebervereinigungen beschlossen hat, sämtliche Streitigkeiten durch Anerkennung des mit den Vertretern der Arbeiterorganisation getroffenen Uebereinkommens beizulegen und auch die Arbeiter das Uebereinkommen angenommen haben.

Die Arbeiterverhältnisse in der deutschen Marineverwaltung. Nach einem dem Reichstage vor kurzem ausgegangenen Berichte waren in den Betrieben der Reichsmarineverwaltung im Jahre 1905 insgesamt 19.491 Arbeiter beschäftigt, und zwar auf den Kaiserlichen Werften in Danzig 2002, Kiel 7186, Wilhelmshaven 6675 und in der Torpedowerftstadt Friedrichshafen 1183, in der Garnisonverwaltung 514 und in den Artillerie- und Minenposten 1081. Von diesen 19.491 Arbeitern hatten bereits 1061 Arbeiter eine Arbeitsdauer von 25 bis 30 Jahren aufzuweisen. Ueber 30 Jahre waren 470 Arbeiter auf den kaiserlichen Werften beschäftigt. Die normale Arbeitszeit in den Betrieben beträgt 9-10 Stunden. Eine Dienzeit von mehr als 10 Stunden kommt nur im Sicherheits- und Wachdienst in geringem Umfange vor.

Anlangend die Arbeitslöhne, so hatten die Verdienste von 1.43 Mk. die Handlanger von 3,49 Mk., die Hilfsarbeiter von 4,15 Mk., die Böcher, Maurer, Sattler, Schiffbauer, Schmiede, Tischler, Zimmerleute, Gas- und Wasserföhrer von 4,69 Mk., die Klempner, Maler, Schlosser, Segeleinmacher, Schiffschmiedeleute von 4,99 Mk., die Buchbinder, Dreher, Maschinenbauer von 5,34 Mk., die Grubeure, Modellstecher, Torpedodreher, Torpedoschlosser von 5,87 Mk.

Ein internationaler Arbeiterverband regt die deutsche „Arbeiter-Zeitung“ an. In einem Aufruf: „Eine Stimme aus Belgien“ äußert sich ein belgischer Großindustrieller einem Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung“ gegenüber dahin: Sie können mir glauben, daß einem das Unternehmen großer Sachen zu denen man viele Arbeiter benötigt, ganz gründlich verleidet wird. Man möge ja nie, wenn den Herren Führern es beliebt, plötzlich einen Streik dem Hause zu bringen, und sei es auch den wichtigsten Gründern. Belgien würde noch mehr prosperieren, wie jetzt, wenn man mit einiger Zurückhaltung in die Zukunft blickt. Aber die Streikzeit der Leute, die obenstehende Anwesenheit der führenden Gewerkschaften, die sich nicht scheuen, in letzter Zeit mit Gewalt nach russischen Vorbildern vorzugehen, schaffen ganz unheilbare Zustände. Wenn ich meine würde ich meine Geschäfte liquidieren und anderen das

Bergleuten überlassen, sich mit den nie zufrieden herauszuschlagen. Jeder ist eine Qualifikation nur mit Aufgabe des halben Vermögens möglich, und dies wissen die Koten. Wir Arbeitgeber sollten international zusammenhalten und vor allem bei den Regierungen durchsetzen suchen, daß scharfe Gesetze gegen die Streikauswüchse, die ja schon keine Anarchie zeigen, geschaffen werden. Es gibt genug Arbeiter, die nur aus Angst vor den selbst vor Menschelorden ja nicht zurückweichenden Terroristen die Streikmaße mitmachen. Hoffentlich jetzt der Werd in Conzeils der Regierung, wie der Galt läuft!

Der erwähnte Nord, so hebt die „Arbeits-Z.“ hervor, sei auf Weisheit des „schwarzen Meetings“ erfolgt. „Sein Opfer war ein Arbeitswilliger, der von den Streikenden in Acht und Bann getan und durch einen Sendling des Streikkomitees niedergeschossen wurde. Nach den Einzelheiten, die uns unser Korrespondent über dieses unerhörte Verbrechen berichtet, wird in Belgien der Verurtheilte fast noch schlimmer angesehen als in Deutschland!“

„Belleid“, so meint die „Arbeits-Z.“, dann weiter, hätten in Deutschland „mehr Leute so wie jener Belgier und dann wäre die Basis für einen internationalen Arbeitgeberverband ja schon vorhanden.“

Eines internationalen Arbeitgeberverbandes bedarf es nicht, um Streikauswüchse, die auch von der verantwortlichen Arbeiterschaft verurteilt werden, zu beugehen. Die Unternehmer sollen sich aber besser bemühen, die Arbeiter als gleichberechtigten Bürger anzuerkennen, und mit ihnen verhandeln. Je größer das Verständnis bei den Arbeitgebern für die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter wird, um so größer wird auch die Zahl derjenigen Arbeiter werden, die auch den Arbeitgeber und seine Bedeutung für die Produktion würdigen und anerkennen. Scharfe Gesetze gegen die Streikauswüchse würden immer gleichbedeutend sein mit dem Verbot der Streiks überhaupt.

Warum auch immer gleich nach der Staatsgenialität rufen? Daß das deutsche Volk aus sich heraus gefunden kann, das hat der 25. Januar deutlich genug gelehrt!

In Paris sollten auf sozialistische Veranlassung am 20. Dezember Demonstrationen zugunsten der Forderung der Verhaftung von Clemenceau in einer Form beabsichtigt gewesen sein, die selbst den radikalsten Ministerpräsidenten Clemenceau in zornige Erregung brachte. Auf dessen Widerstand waren die Veranstalter am wenigsten gefaßt, da sie seine Vorliebe für die Sozialisten kannten. Als die Polizei die Demonstration verbot, wurde sie ausgelacht, die Regierung, so meinten sie, würde der Polizei schon sagen, daß sie Respekt zu empfinden habe vor dem Willen der Sozialisten. Clemenceau aber handelte anders und verbot die Demonstration. Als er darüber vom dem Sozialisten Vaillant in der Kammer interpelliert wurde, erklärte Clemenceau nach einem Bericht des „B. Z.“, er sei nicht ganz klar darüber, ob es das vom Interpellanten proklamierte Recht auf Manifestationen gäbe. Aber er glaube, daß man unter Umständen Manifestationen dulden könne. Ganz gewiß gäbe es aber ein Recht auf den freien Straßenverkehr für ruhige Bürger, und dies Recht habe die Regierung gemahrt.

Man wolle wissen, weshalb das Verbot ein Verbrechen des Ereignisses erlassen worden sei. Dies sei gesehen, weil die Regierung von diesem Ereignis nur durch Strafanzeige verurteilt worden wäre. Hätte man die ordnungsgemäße und zu rechter Zeit benachrichtigt, so hätte sie Vorkehrungen treffen können, um die Bürger zu sichern, die nicht zum Arbeiterpublikum gehörten, und deren es auch noch eine große Anzahl in Frankreich gäbe. (Es folgen einige Zwischenrufe der Sozialisten, auf die Clemenceau heftig erwidert.) Die Truppen wären benutzt worden, weil man gedroht hätte, die Regierung vor die vollendete Tatsache einer Demonstration zu stellen. Eine traurige Regierung müßte das sein, die sich in dieser Art behandeln ließe. Die Arbeiterschaft wäre erst geschlossen worden, als die Beratungen in ihr bereits stattgefunden hätten. Auch dies sei nur aus Gründen der öffentlichen Sicherheit geschehen. Man habe die Demonstration nachsichtig behandelt, und die größten Zwischenfälle seien vermieden worden. Trotzdem hätte es auf beiden Seiten Verwundungen gegeben, und ungefähr 140 Verhaftungen gemäßigter Demonstranten seien vorgenommen worden. Wenn alles noch verhältnismäßig gut gegangen sei, so habe man das besonders Herrn Spinae, dem Polizeipräsidenten, zu danken. Dies Spinae sei er dem tapferen Manne schuldig, weil er früher gewisse Bedenken gegen ihn gehabt, die aber nun zerstreut seien. In einer Stadt wie Paris könne man die Ordnung nicht leichtfertig auf Spiel setzen. Am Sonntag seien 3 1/2 bis 4 1/2 Menschen in den Straßen erschossen worden, das gleiche Schicksal hatten auch die großen Demonstranten erlitten. Ja, wenn es nicht durch das Verbot der Demonstration hätte geben wollen! Er bedauere, daß er Gewalt hätte anwenden müssen, aber es gäbe Stunden, in denen man die Verantwortung für seine Entschlüsse übernehmen müßte. Wie die Kammer darüber denke, wisse er nicht; er glaube aber, seine Pflicht als republikanischer Minister getan zu haben.

Die Kammer schickte dem Ministerpräsidenten mit allen gegen wenige Stimmen ein Vertrauensvotum aus.

Interessant an diesem Vorgange ist die Tatsache, daß auch ein republikanischer Minister, selbst wenn er zu den radikalsten gehört, nicht anders handelt, als ein Minister in einem konstitutionellen Staat in solchem Falle gehandelt haben würde.

Warum erstrebt die Sozialdemokratie da erst die Republik? Nicht auf die Staatsform kommt es in erster Linie an, sondern darauf, daß die Arbeiterschaft unter Vermeidung aller Ausschreitungen auf geordnetem Wege energisch und kraftvoll ihre Rechte und Interessen vertritt und mit dem Gesamtwohl des Volkes und Vaterlandes in Einklang zu bringen sucht. Das Volk erträgt keine Klassenherrschaft, weder von oben noch von unten.

Die gewerbliche Erkrankung eines Arbeiter-Arten - einschlägig. Ein außerordentlich wichtiges Verurteilungsurteil hat soeben das Oberlandesgericht Hamm gefällt. Der Bergmann Schommal, so schreibt die „Soziale Praxis“, gegen den Knappschußverein auf Zahlung einer Invalidenrente, da er sich auf Jede Schmorff Wurmkrantheit zugewogen und während der Behandlung plötzlich das Augenlicht verloren hat. Die Krankheit entstand dadurch, daß die Bergleute wegen Mangels an Abfällen die verschiedenen Streden benutzten. Dadurch kamen die mit Würmern durchsetzten Abgänge in den Stumpf, dessen Wasser zur Verleistung der Streden gegen Kohlenhaub verwendet wurde, und auf diese Weise gelangten die Würmer wieder in die Körper der Arbeiter. Erst im vergangenen Jahre hat die Besche diesem Mißstande dadurch zu steuern versucht, daß sie in den Streden eiserne Abortlöcher anstellte. Da Kläger sich die Krankheit während seiner Arbeit zugezogen hat, beantragt er die statutenmäßige Invalidenrente. Das Landgericht Bochum wies die Klage ab. Kläger bezog sich auf Unrecht auf die Statuten von 1892 bezog. 1900, in denen in den §§ 65 und 67 bezog. 19 und 81 unterschieden werde zwischen derjenigen Invalidität, die auf Verunglückung, und derjenigen, die auf anderen Ursachen beruhe. Bezüglich der letzteren fehle die Voraussetzung, da Kläger noch nicht 250 Wochen der höchsten Mitglieder bezog. der zweiten Arbeiterklasse angehört habe. Auf eine Verunglückung dagegen, die bezüglich eines daraus herzuleitenden Rentenanspruchs keine Korrekturen voraussetze, sei die Invalidität nicht zurückzuführen. Eine Verunglückung sei ein Betriebsunfall, ein zeitlich bestimmtes Ereignis, nicht jedoch eine im Betriebe allmählich entstehende gewerbliche Krankheit, wie die Wurmkrantheit. Ein statutenmäßiger Anspruch stehe daher dem Kläger nicht zu. Auf die gegen dieses Urteil vom Kläger eingelegte Berufung hat nun das Oberlandesgericht Hamm, nach statutenmäßigem Unterwerfungsbeweis, das landgerichtliche Urteil durch Teilurteil dahin abgeändert, daß dem Kläger vorläufig 720 Mk. und außerdem eine jährliche Rente von 180 Mk. zuguerkennen sei.

Ein Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten? Ein Handelsvertrag Deutschlands mit den Vereinigten Staaten ist leider noch recht fraglich. Und doch ist es für beide Völker notwendig, ihre Handelsbeziehungen nicht nach dem einseitigen Vorteil der Parteien, sondern nach großen Gesichtspunkten zu regeln. Welche wirtschaftlichen Interessen dabei in Frage kommen, geht schon daraus hervor, daß der Handel zwischen Deutschland und der Union sich auf etwa 1 1/2 Milliarden Mark jährlich bezieht. Große deutsche Industriegebiete sind im wesentlichen von der Ausfuhr ihrer Waren nach den Vereinigten Staaten abhängig, während diese natürlich gleichfalls auf den Bezug gewisser Artikel aus Deutschland angewiesen sind und namentlich an aus einen sicheren Käufer für Rohstoffe denken. Man sollte meinen, daß bei einer Interessengemeinschaft von so bedeutendem Umfange eine vertragsmäßige Gleichleistung der gegenseitigen geschäftlichen Beziehungen verhältnismäßig leicht zu erreichen sei. Das würde sicher auch der Fall sein, spielte die Parteipolitik dabei keine Rolle, bei uns die agrarische, bei den hochschulpöllnerische.

Besonders in den letzten Monaten hat man sich auf beiden Seiten der Regierungen bemüht, besseren Verhältnissen wenigstens eine Grundlage zu schaffen. Trotz des gewaltigen gegenseitigen wirtschaftlichen Verkehrs werden wir nämlich noch nächsten 30. Juni ab ohne jeden Vertrag sein; der beiderseitige Handel kann also völlig nach Belieben behandelt oder mißhandelt werden. Die Lage ist folgende: Mit den Vereinigten Staaten hatte ursprünglich nur Preußen einen sogenannten Meistbegünstigungsvertrag am 1. Mai 1828 abgeschlossen. Durch Bundesratsbeschluss vom 20. Februar 1895 erhielt dieser Vertrag auch für das Deutsche Reich Gültigkeit. Eine weitere Konvention vom 10. Juli 1900 gewährte Deutschland, aus die Zollverpflichtungen, die den französischen, italienischen und portugiesischen Waren zugestanden sind, mit Ausnahme der den portugiesischen Schaumweinen bewilligten Ermäßigungen. Dieses Vertragsverhältnis war bereits zum 1. März 1906 gekündigt, wurde aber durch einen dem Reichstag gebilligten neuen Vertrag vom 26. Februar 1906 bis zum

30. Juni 1907 verlängert. Mit dem Ende dieses Tages wird also der Handelsverlehr beider Staaten untereinander vogelfrei, wenn bis dahin nicht ein anderer Vertrag geschlossen ist.

Das letztere wird zwar eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstages sein, aber in der Wahlbewegung ist das fast gar nicht berücksichtigt, obwohl ein großer Teil der deutschen Volkswirtschaft und das Wohl bedeutender Arbeitermassen davon abhängt, ob dieser Vertrag abgemacht nach agrarischen oder nach weniger einseitigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten gestaltet wird. Geben auch hier, wie bei unseren anderen neuen Handelsverträgen, die agrarischen Wünsche den Ausschlag, so müssen wir uns auf einen starken Widerstand der Vereinigten Staaten gefaßt machen und die Schwierigkeiten, in ein günstiges Verhältnis zu ihnen zu kommen, werden fast unüberwindlich sein.

Auch in der Handelspolitik führt das System der zugetheilten Zölle selten zum Ziel - bei den Amerikanern sicher nicht. Und wir können umsonst eine offene Hand haben, da wir mit dem, was wir anbieten, nicht nur den Vereinigten Staaten entgegenkommen, sondern auch unserer Volkswirtschaft und Volksernährung. Wir müssen uns nur ein wenig von der einseitigen Agrarpolitik frei zu machen suchen. Es würde auf die Verhandlungen sicher nicht ohne günstigen Einfluß bleiben, wenn wir den Vereinigten Staaten Einfuhrerleichterungen für Speck, Schinken, Pöfelsfleisch, Schmalz und ausgeschlachtetes Fleisch zugestehen wollten; das könnte geschehen ohne Seuchengefahr für die deutsche Viehhaltung. Ebenso besteht kein Grund, den Maiszoll gegen die Vereinigten Staaten hoch zu halten. Deutschland produziert keinen Mais, wohl aber braucht die deutsche Viehzucht etwa 1 1/2 Millionen Tonnen - Lonne = 20 Zentner - jährlich. Trotzdem ist in unserem neuen Zolltarif die Lonne Mais von 16 Mk. Zoll auf 50 Mk. erhöht und nur durch den Handelsvertrag mit Serbien auf 30 Mk. ermäßigt. Eine starke Herabsetzung des Zolles auf dieses vorzügliche Futtermittel würde eine große Förderung der deutschen Viehzucht bedeuten und in unserer Hand, mit den vorerwähnten Erleichterungen für die Einfuhr gewisser Fleischwaren, wertvoll genug sein, um die polnischen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten für uns günstig zu gestalten.

Soldatenausschub bei Strikts. Die Schweiz beehrt eine neue Organisation ihres Militärs. Die schweizerische Sozialdemokratie verlangt nun eine Bestimmung eingefügt, wonach bei Streiks kein Militär mehr aufgerufen werden darf. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat haben es abgelehnt, diese Forderung ihrer Partei zu vertreten, sie beantragten nur, es mögen Truppen nur im äußersten Notfall zur Unterdrückung von Störungen der öffentlichen Ordnung verwendet werden. Aber auch diese eingeschränkte Forderung wird abgelehnt werden.

Die 340. Versammlung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 3. Februar, nachm. 3 Uhr im Vorling-Theater statt. Zur Ausführung gelangt: „Wartha“, romanf.-kom. Oper von W. Friedrich.

In der am gleichen Tage abends 7 Uhr im Bürgerhalle des Rathauses stattfindenden 341. Versammlung werden mitwirken: Regitation: Fräulein Marg. Frankenstein, Gesang: Frau Ehrenfest-Klein, Violoncello: Herr. Heinz-Beher.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Ortsverband Glatz.
Der Ortsverband versammelte sich im abgelaufenen Jahr zu vier ordentlichen und zu einer außerordentlichen Versammlung. Die herrliche Wohnungsgast sollte durch eine im Vorjahr gebildete Kommission für Wohnungsfürsorge nach Möglichkeit behoben werden, fand aber von Seiten der einzelnen Kollegen nicht die erforderliche Unterstützung und wurde deshalb wieder aufgestellt. In unserer reichhaltigen Agitationsfelde wurden wiederholte Versuche gemacht, neue Ortsvereine zu gründen, es scheiterte dies aber an der Großmacht der Herren Unternehmer, sowie den katolischen Vereinen und wohl auch an der Unberühligkeit der nicht-organisierten Arbeiter. In der letzten Versammlung wurde die bevorstehende Reichstagswahl besprochen und nach lebhafter Debatte beschlossen, da die beiden Kandidaten, welche in unserm Wahlkreise Glatz-Gabelschwert angetreten worden sind: 1. Zentrum (Graf von Dersdorf), 2. Sozialdemokrat (Schneidermeister Rüm) und die Deutschen Gewerbetreibenden mit diesen beiden Kandidaten nicht einzustehen erklären können und die Gewerbetreibenden auf neutralen Standpunkte stehen, so sind wir gezwungen, epe wir einem dieser beiden Kandidaten die Stimme geben, uns der Wahl zu enthalten. J. A. E. Richter.

Ortsverband Halle a. S.
Die Angelegenheiten des Ortsverbandes wurden erledigt in vier Versammlungen. Die erste am 14. Januar mit einem gut ausgenommenen Vortrag des Herrn Mittel-schullehrers Bruns an an über den neuen Schulunter-haltungsgesetzentwurf. In Anknüpfung daran sprach sich die Versammlung in einer einstimmig angenommenen Beschl.

lition gegen den Entwurf aus. Die zweite Versammlung wurde am 29. April abgehalten. Hier wurde u. a. ein Vortrag vom Kollegen Albert Schroeter über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Gegenwart gehalten. An diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhaft sachliche Debatte an. Die dritte Versammlung fand am 7. Juli statt; auch hier stand ein Vortrag mit auf der Tagesordnung, und zwar für die Erweiterung der Sonntagsruhe im Handeltreibergewerbe. Die Kollegen legten volles Verständnis und traten dem Referenten, Kollegen Holmstein, zur Seite. Die vierte und letzte diesjährige Ortsverbandsversammlung hielt man am 8. November ab, und zwar nahm man Stellung gegen die hohen, ungerechten Blech- und Blechpreise. Nach einem kurzen Vortrag des Kollegen Franz Wagner wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die an den deutschen Reichstag gerichtet wurde. Dieselbe ist allerdings nach Auflösung des deutschen Reichstages in unsere Hände zurückgegangen. In allen Versammlungen wurde mit echtem, frischem Gewerkschaftsgeist diskutiert. Der Besuch war jedoch teilweise kein guter und es wäre an der Zeit, daß alle Kollegen die Ortsverbandsversammlungen besuchen, denn diese sind in erster Linie der Mittelpunkt und Sammelplatz recht wirksamen Schaffens.

Öffentliche Gewerkschaftsversammlungen wurden drei abgehalten. Die erste am 26. Februar, mit einem zweitägigen Vortrag des Zentralratsmitgliedes J. Traubert über: „Zeit- und Streitfragen“. Die zweite am 17. Juni, wo der Verbandssekretär B. Reuschert über: „Die Deutschen Gewerkschaften in der Gegenwart“ sprach. Die dritte wurde am 5. September im Goldenen Hirsch abgehalten. Hier sprach Redakteur Strauß-Berlin über das aktuelle Thema: „Wie stellt sich die Arbeiterschaft von Halle und Umgebung zu der Sonntagshrubewegung im Handeltreibergewerbe?“. Bei allen drei Versammlungen war eine zahlreiche Beteiligung vorhanden. Bei der letzten Versammlung wurde einstimmig eine Petition angenommen, in welcher den Kaufleuten zur Entscheidung ihres Zieles, die Herbeiführung der völligen Sonntagshrubewegung, insbesondere aber die Gewerkschaften folgende Bitten einbringen, daß die Sonntagshrubewegung so bald wie möglich in Halle eingeführt wird. In eine Petition wurde an den Magistrat und das Kollegium gelangt.

An Vorstands-, Vertreter- und anderen Sitzungen fanden 21 statt. Auch hier gab es ein großes Feld der Tätigkeit. In dem Ortsverband gehören 25 Ortsvereine. Neu grüdete sich und trat untermittelt dem Ortsverband bei der Verein der Deutschen Kaufleute. Zur Bildung, Beschäftigung und Unterhaltung fand am ersten Oktoberfest ein sog. Unterhaltungabend statt. Derselbe war gut besucht, insbesondere waren viele Delegierte vom Mitteldeutschen Ausbreitungsverband erschienen. Am 26. August wurde in Belloune das 26. Stiftungsfest resp. Sommerfest begangen. Ausschüge wurden drei gemacht. Einer nach Cottin, um den dortigen Ortsverein zu besuchen, einer nach Schöneberg, woselbst ein Zusammenreffen der Leipziger und der Schöneberger Kollegen mit dem Hallenser in bester Harmonie vor sich ging und einer nach Liebenberg, letzterer allerdings mit wenig Beteiligung. Die Ausschüge erfreuen sich zurzeit noch keiner rechten Sympathie, hoffen wir, daß die Kollegen mit ihren wertigen Angehörigen im neuen Jahre dieser uneigennütigen Angelegenheit mehr Beachtung schenken. Besichtigungen wurden im Laufe des Jahres folgende gemacht: 1. die Wörzburg einschließliche der Umgebungsgebiete, die Turnhalle und der Festboden. 2. Das elektrische Werk der Stadt Halle. 3. Städtischer Schlachthof. 4. Provinzial-Bibliothek. 5. Landesgericht Kreuz. 6. Provinzial-Obstgarten. 7. Pauli Werkstätte. 8. Rgl. Anatomie.

Ähmer rückte der Ortsverband an alle größeren Firmen ein Rundschreiben wegen der Freitags-Erhöhung. Dasselbe hat zum Teil recht gute Erfolge gehabt. Die Arbeiter

haben teilweise bewiesen, daß sie noch nicht auf der richtigen Höhe stehen. Im Frühjahr wurde durch die geplante Aufsperrung, welche die Metallindustrie im Schilde führte, etwas Unruhe unter die Arbeiterchaft gebracht. Das Unwetter zog jedoch vorüber. An einem Streik oder einer Aufsperrung waren unsere Verbandskollegen nicht beteiligt. Die Beschäftigung war ziemlich gut. Die Lebensmittel, besonders aber das Fleisch, erreichten einen kolossal hohen Preis. Der Sohn hingegen wurde nur zu einem kleinen Teile aufgefressen. Auch in diesem Jahre haben die Disziplinartage den erfreulichen Aufschwung nicht genommen. Es ist an der Zeit, daß diese Einrichtung eine wirksamere Unternehmung von allen Verbandskollegen findet. Die schriftliche Tätigkeit des Schriftführers war eine umfangreiche: 45 Briefe gingen nach außerhalb, 43 blieben im Stadtbezirk, 49 Karten nach außerhalb, 67 Karten in den Stadtbezirk, 451 Druckbogen, davon für das Rundschreiben der Breitungslösung 164. Unserer „Mitteldeutsche Volkszeitung“, die den Sammelplatz in allen Angelegenheiten bildet, wurde von Seiten des Vorstandes in jeder Beziehung benutzt und unterstützt, aber ein großer Teil Verbandskollegen verlag noch immer gegenüber dieser wertvollen Zeitung, da sie noch lange nicht alle Abonnenten unserer „Mitteldeutschen Volkszeitung“ sind.

Mit Energie muß dahin gewirkt werden, daß diese Zeitung bei jedem Verbandskollegen Eingang findet. Wohlwollend, Verbandskollegen, für euch gibt es ein großes Feld der Wirksamkeit. Also, an Werk, zeigt euch als brave Männer. Gut Ding muß gelingen!

Bernhard Leicher.

Ortsverband Naumb.

Wenn wir wiederum am Anfang eines Jahres stehen, auf die Tätigkeit unseres Verbandes zurückblicken, so müssen wir leider bekennen, daß es dem bisherigen Vorstande trotz lebhafter Bemühungen nicht gelungen ist, die Bewegung so zu fördern, wie dies sein Wunsch und Wille war. Es alt noch zu viel Gleichgültigkeit bei manchen unserer Kollegen. Gewiß hat jede Bewegung mit solchen Gleichgültigkeiten zu kämpfen, bei den Gewerkschaften sollte dies aber nicht vorkommen. Ströbe jeder nach Vergrößerung unserer Organisation und sei unausgesetzt tätig in dem Werben neuer Mitglieder. Je stärker die Organisation ist, desto besser schließt sie gegen Ausbeutung und Unterdrückung jeder Art Umsonst hat aber jeder die Pflicht, sich an der Kasse zu beteiligen und seiner dort denken, auf seine Mitgliedschaft kommt es nicht an.

Hoffen wir, daß es dem für dieses Jahr neu gewählten Vorstand gelingt, in den Bahnen unserer guten Sache, jeder an seinem Platze, mit Eifer und Erfolg weiterzuarbeiten und das in vollem Maße zu erreichen, was dem alten Vorstand nur zum Teil gelang. Hierzu ist jedoch die Unterstützung aller Mitglieder erforderlich. Wenn es auch unerheblich erscheint, so ist es doch wichtig, wenn jedes Mitglied nur ein neues Mitglied der Organisation zuführt, unsere Zahl verdoppelt sich dann. Und nur die Tat ist es, worauf es ankommt!

Gesiedl, Schriftführer.

Ortsverband Weißenfels.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 5 Aufschickungen und 3 Versammlungen; letzter waren letztere nicht immer so besucht, wie es sein sollte. Auch hatten wir eine öffentliche Versammlung mit Kollegen Reuschert-Berlin als Referenten. Er sprach über Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen und wurde sein Vortrag mit Beifall aufgenommen. Im allgemeinen sind wir zwar vorwärts gekommen, aber es hätte noch mehr geleistet werden können, wenn die Kollegen mehr Interesse zeigten und mehr zu-

sammenhalt pflegten. Auch muß unsere Presse, die „Mitteldeutsche Volkszeitung“, mehr Eingang bei den Kollegen finden, dann ist jeder immer unterrichtet, kann auf jeden Angriff der Gegner antworten und hilft gleichzeitig mit am Ausbau der Organisation. Denn ein jeder Kollege soll und muß ein Agitator sein. Hoffen wir, daß es in neuen Jahre darin besser wird.

Raf Müller, Sekretär.

Gewerkschafts-Teil.

Berlin. Disziplinartage der Frauen und Mädchen II macht sich in letzterer Zeit eine regere Tätigkeit bemerkbar. Durch Verlegung des Versammlungsortes nach dem Verbandsbureau hoffen wir auch im nächsten Berlin mehr Kolleginnen für uns zu gewinnen und ersuchen wir alle Verbandskollegen des Gewerkschafts der Frauen in der Kasse mit Aufmerksamkeit zu unterstützen. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr im Verbandsbureau statt, in welcher Verbandssekretär Ewin Vortrag über: „Die Notwendigkeit der Organisation der deutschen Frauen und Mädchen“ halten wird. Nachdem findet ein gewöhnliches Besamensein mit Tanz hat. Verbandskollegen sind mit ihren Frauen, Töchtern und sonstigen Bekannten herzlich willkommen.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Disziplinartage der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen.

Wanderzug der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Unterhaltung im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Greiner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Connabend, 2. Februar.** Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8-10 Uhr Schlußabend bei Polzin, Gerichtstr. 79 und Schumann, Brunnenstr. 119. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr bei Meyer, Teilmeyerstraße 3. Vortrag des Justizrats Dr. Suttmann: „Rechte und Pflichten der Frau nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch“. Antrag des Ausschusses. Bericht von der letzten Kombiniten. Bericht der Ortsvereine. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr bei Paetz, Brunnenstr. 41. Unterhaltung zum Verbandsfest. Büchsellot. Ausgabe der Blätter zum Rosenball am 2. März. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Connabend, 2. Februar fällt der Schlußabend aus. Connabend, 9. Februar, abends 9 Uhr Vortrag des Herrn Lehrer Winger: „Geistlich Frine“.

Crisis- und Medizinerverbände.

Berlin (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Müll. Schulte-Wittler, Disziplinartage. — **Hannover und Umgebung (Ortsverband).** Die Ortsvereine des Ortsverbands-elektoral sind jeden Dienstag, abends 9 Uhr, im Verbandslokal „Hainigswert“, Brühlstr. 12, statt. — **Hagen (Disziplinartage).** Jeden Connabend 9 Uhr Sitzung bei Balder, „Jägerhof“. — **Cottin. Verbandsversammlung.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Disziplinartage im Lokal Engelke, Schillerstraße 9a. Gäste willkommen. — **Hagen (Ortsverband).** 2. Februar, vormittags 10 Uhr, Vertretertag im Verbandslokal. — **Hagen (Ortsverband).** 17. Febr., morgens 11 Uhr, Vertretertag bei Schmitz auf dem Markt in Hagen.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223, ist jodben erschienen:

Die Deutschen Gewerkschaften
(Hirsch-Dunder).

„Eine kurzgefaßte Geschichte ihrer Begründung und Entwicklung von Karl Goldschmidt. Berlin 1907.“

Der Preis der Schrift beträgt 80 Hg.; für Gewerkschaften 1 Exemplar 50 Hg., 10 Exemplare 4 M., 20 Exemplare 7 M., 30 Exemplare 9 M. und 50 Exemplare 12,50 M.; Zusendung franco. Betrag vorher einzulösen an Verbandssekretär Hmb. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/23.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

„Unions-Festale“
Jeden **Samstag, Donnerstag:**
Hork'sche Säger.
Anfang: Sonntags 6 Uhr
Eintritt 50 Hg.
Anfang: Wochentags 8 Uhr
Eintritt 20 Hg.
Nach der Vorstellung:
„Familienfränzchen.“

Hagen (Hagen). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Beschäftigungskarten im Gewerkschaftsbureau, Post-Str. 16.

Cottin (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen aller Branchen erhalten überlassen, Nachlager und Frühstück Neuhäuserstr. 14 bei Bergmann. Karten hierfür bei A. Habermann, Köpstr. 23, Hof.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begrüßungsliste** des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.

Eintrittsgeld 25 Hg. Aufnahme vom 1. bis 31. Jahre. Bekanntes Begrüßungsgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Hg.

Alle Ortsvereine nehmen Anmeldungen entgegen. Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Hindolfsbad. Durchreisende Genossen erhalten 50 Hg. Ortsbeitrag beim Kassierer D. Star Renger, Katschasse 6.

Mitteln. Beschäftigungskarten bei Heinrich Diezmann, Bergstr. 7.

Stralsund (Ortsverband). Gehör zur Heimat, Disziplinartage. Karten bei G. H. F. S. H., Bahndr. 20.

Spanndorf (Ortsverband). Beschäftigungskarten bei Korten, Hauptstr. 4 III.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23. — Druck und Verlag: Goebcke & Gallinat, Berlin W., Potsdamerstraße 110.